

17./II. 1917

I (Die böhmische Herrschaft im deutschen Braunkohlenbergbau.) Aus Berlin, 16. d., wird telegraphiert: In der Staatshaushaltskommission des Abgeordnetenhauses betonte bei Verhandlung des Stats der Berg- und Hüttenverwaltung der Vertreter des Staatsministeriums bezüglich des von vielen Seiten beklagten Eindringens böhmischer Firmen in den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, daß die Schuld hieran in der Hauptsache den Braunkohlenbergbau selbst treffe, der es nicht verstanden habe, sich rechtzeitig zusammenzuschließen, um das Eindringen fremder Elemente zu verhindern. Eine Hilfe der Staatsregierung könnte nur durch den Erwerb der Braunkohlenfelder seitens des Fiskus oder durch die Bildung eines Zwangs-syndikats erfolgen, was man nur im äußersten Notfall tun würde. Der Braunkohlenbergbau müsse sich eben selbst helfen, sich von kleinen Gesichtspunkten freimachen und zum Zusammenschluß im großen Maßstab entschließen.